Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 96 (2002)

Heft: 3

Artikel: NW-Gespräch mit Peter Niggli : "Porto Alegre" oder "Eine andere Welt ist möglich"

Autor: Niggli, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144339

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Porto Alegre» oder «Eine andere Welt ist möglich»

Das NW-Gespräch mit Peter Niggli, Geschäftsleiter der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas, fragt nach dem Stellenwert des Weltsozialforums, das im brasilianischen Porto Alegre zeitgleich mit dem Weltwirtschaftsforum stattfindet. Dieses Jahr war der Gegensatz zwischen der im New Yorker Waldorf Astoria eingebunkerten WEF-Veranstaltung und dem bunten Gegenforum von 60'000 globalisierungskritischen Menschen besonders augenfällig. Peter Niggli hat die Schweizer Hilfswerke in Porto Alegre vertreten. Der Redaktor der Neuen Wege wollte von ihm wissen, mit welchen Eindrücken und Hoffnungen er zurückgekehrt ist, wie das Weltsozialforum und natürlich auch die Hilfswerke die reale Globalisierung beurteilen, wie anders sie die Globalisierung gestalten möchten und was in der Schweiz zu tun wäre. Das Gespräch hat am 14. Februar im Büro von Peter Niggli in Bern stattgefunden. *Red.*

Das Weltsozialforum als Ort der Diskussion

Neue Wege: *Peter Niggli, Du hast die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke am Weltsozialforum in Porto Alegre vertreten. Während sich das «World Economic Forum» (WEF) der 2500 Reichsten und Einflussreichsten im New Yorker Waldorf Astoria einbunkern musste, trafen sich 60'000 Leute aus aller Welt zu einem bunten Gegenforum, das kein Polizeiaufgebot nötig hatte. Die «Weltklassengesellschaft» (Spiegel, 4.2.02) hätte nicht symbolträchtiger in Erscheinung treten können. Mit welchen Eindrücken bist Du zurückgekehrt?*

Peter Niggli: Es gab zwar auch ein Sonderaufgebot von Polizei in Porto Alegre, aber nur, um die *grosse Manifestation* zu ermöglichen oder das Verkehrsaufkommen für zusätzliche 60'000 Menschen zu regeln. Hinzu kam ein riesiges Camping-Lager für die Jugend, zur Hauptsache Leute aus Südamerika, die auf eine billige Unterkunft angewiesen waren.

NW: *Ein Lächeln habe genügt, um zu den Veranstaltungen Zutritt zu erhalten, schreibt der Tages-Anzeiger.*

PN: Ja, anders als im Waldorf Astoria gab es keine «security checks». Es war eine merkwürdige Mischung von *Festlichkeiten* am Abend und ziemlich disziplinierten *Veranstaltungen* tagsüber. Es gab Konferenzen, in denen 2000 Leute an einer Art Frontalunterricht teilnahmen, aber auch viele kleinere Workshops, in denen heftig diskutiert wurde. Und das alles fünf Tage lang bis zur Ermüdung. Die Arbeit begann jeweils morgens um acht Uhr, auch das nicht gerade im Rhythmus Brasiliens.

NW: *Wie war es dann überhaupt möglich, Beschlüsse oder Resolutionen zu verabschieden?*

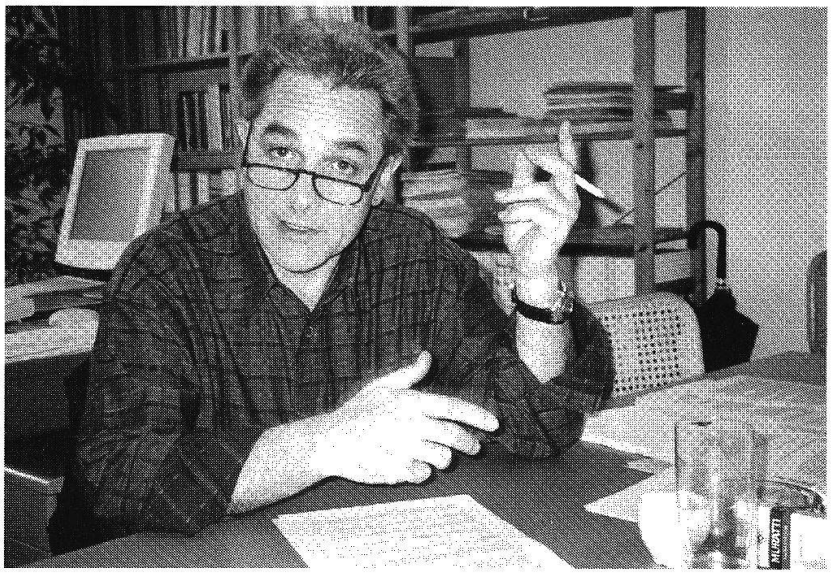
PN: Das Weltsozialforum ist keine Organisation und fasst deshalb keine Beschlüsse. Es wird zwar wieder eine

Schlusserklärung geben. Die Verantwortung liegt aber bei jenen, die das Papier unterzeichnen. Dabei handelt es sich um eine «guide line», eine Empfehlung ohne bindenden Charakter.

NW: *Hat denn das Weltsozialforum diese Schlusserklärung nicht wenigstens vorbereitet?*
PN: Nein, sie wird erst im nachhinein verfasst. Es gab zwar einige, vor allem jüngere Leute, die meinten, eine solche Erklärung müsste diskutiert und demokratisch verabschiedet werden. Aber das wäre wohl das Ende des Weltsozialforums.

NW: *Warum keine demokratische Struktur, die es diesen Bewegungen ermöglichen würde, mit einer Stimme zu sprechen?*
PN: Unter den 5000 Organisationen, die am Forum waren, und den paar tausend, die man hinzu wünscht, eine Einheit zu schaffen, die Beschlüsse erlaubte, ist ein Ding der Unmöglichkeit und würde zu unendlichen *Spaltungen* führen. Jetzt kommen einfach alle zusammen, die sich national oder international in irgendeiner Weise gegen Aspekte der wirtschaftlichen Globalisierung wehren. Das Weltsozialforum ist ein Ort der Diskussion, des Austauschs, der Konvergenz, also einer informellen *Konsenssuche*.

NW: *Ist das für diese Veranstaltung mehr Schwäche oder mehr Stärke?*
PN: Das ist ihre *Stärke*. An der Manifestation waren die Leute aus dem Gastland Brasilien logischerweise im Übergewicht. Es nahmen auch viele linke Splittergruppen teil, nur schon aus Brasilien verschiedene kommunistische Parteien, die in Wirklichkeit und auch am Forum wenig Gewicht haben. Neben dieser parteipolitischen Linken gibt es viele unterschiedliche Teilnehmer, die sich nie unter einen solchen Hut zwingen liessen. Im Vorbereitungskomitee des Forums sind Organisationen wie *Caritas Internationalis* oder *CIDSE* (Coopération Internationale pour le Développement et la Solidarité), ein katholisches Netzwerk von Entwicklungshilfeorganisationen, darunter das schweizerische Fastenopfer. Zum ersten Mal hat auch *Oxfam International* mitgemacht, das aus der grössten privaten Entwicklungshilfeorganisation Grossbritanniens hervorgegangen ist. Oder Friends of the Earth und neu Greenpeace International. Das sind natürlich alles keine linksradikalen Gruppierungen. Ein Organisationsversuch des Forums müsste viel zu viele Unterschiede überwinden. Darum lautet das klare Konzept: Es wird nichts entschieden, wir sprechen miteinander, wir hören uns zusammen irgendwelche Dinge an. Werden am Rande der Konferenz, auch in den Workshops, Kampagnen lanciert, kann mitmachen, wer will.



Peter Niggli: «Demonstrationen wie in Porto Alegre hat es vor drei, vier Jahren noch nicht gegeben. Hier ist etwas Neues am Entstehen» (Bild: Willy Spieler).

NW: *Also eine Form von «Anarchie»?*
PN: Es gab schon genügend negative Versuche, eine *«Internationale»* zu organisieren. Diese möchte man nicht kopieren.

Drohende Neuauflage des MAI

NW: *Die Globalisierung der Solidarität ist die allgemeine Stossrichtung solcher «Gegengipfel». Diese andere Globalisierung hat drei Seiten. Die eine Seite ist die Kritik an der real existierenden*

Globalisierung, die zweite Seite gilt der Suche nach Alternativen, die dritte Seite betrifft die Konsequenzen für ein Land wie die Schweiz. Beginnen wir mit der Kritik an dem, was abläuft, vor allem in der WTO nach Katar, wo die Entwicklungsländer einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Sehr im Gegensatz zu «Seattle». Ich erinnere an Deinen Beitrag im Märzheft 2000 der Neuen Wege. Was ist nächstes Jahr z.B. von der 5. Ministerkonferenz der WTO in Mexiko zu erwarten bzw. aus der Perspektive der Entwicklungsländer zu befürchten?

PN: In *Mexiko* wird die *WTO* entscheiden, ob sie dem Wunsch der westlichen Länder entspricht, über ein Investitionsabkommen, ein Wettbewerbsabkommen und ein Abkommen betr. das öffentliche Beschaffungswesen zu verhandeln. Es geht in allen drei Fällen darum, den *Multinationalen Konzernen* die gleichen Bedingungen wie auf ihren Heimmärkten zu verschaffen und auf diesem Weg in den Entwicklungsländern staatliche Regulierungen und gesetzliche Beschränkungen des Wirkens ausländischer Unternehmen möglichst auszuschalten.

NW: *Droht uns eine Neuauflage des Investitionsabkommens MAI?*

PN: Ja, das ist an sich das Ziel, nachdem die OECD das *MAI* nicht zustande gebracht hat. Frankreich hat damals ein Veto eingelegt. Vorausgegangen waren ein intensives Lobbying und eine grosse internationale Kampagne. Die westlichen Staaten versuchen die Kritik dadurch aufzufangen, dass vielleicht ein anderer Typus von Investitionsabkommen eingeführt wird. Es könnte ähnlich wie das Dienstleistungsabkommen jedem Land freistellen, wie viele Verpflichtungen es übernimmt. Aber die Dynamik auch dieses Abkommens bestünde in einem ständigen *Druck auf die Entwicklungsländer,* am Ende die gleichen Verpflichtungen wie Industrieländer zu übernehmen und allen Konzernen unbegrenzten Marktzugang zu offerieren.

NW: *Und das hiesse, die letzten Märkte der Welt für die Multinationalen Konzerne zu öffnen?*

PN: Ja, und dazu einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, der *weltweit homogen* ist. Es soll einer Regierung nicht mehr möglich sein, die einheimische Industrie vor Investitionen aus dem Ausland zu schützen oder den Multis die Auflage zu machen, bestimmte Anteile an der einheimischen Produktion zu integrieren. Verhindert werden sollen auch spätere politische Entscheidungen, z.B. Umweltgesetze, die solche Investitionen gefährden.

NW: *Womit auch die Demokratie des Einzelstaates ausgehebelt wird.*

PN: Ja, ausgehebelt werden parlamentarische «Kaprizen» und «*demokratische Betriebsunfälle*» einer nationalen Sozial- und Umweltpolitik, die von der neoliberalen Theorie als «unrein», «interessengeleitet» und «marktverfälschend» denunziert wird.

NW: *Der Fundamentalismus des Marktes ist letztlich nicht demokratieverträglich.*

PN: Eigentlich nicht, es sei denn die Demokratie würde sich auf andere Bereiche beschränken, Kultur, Polizei, Eigentumsschutz usw.

NW: *Früher galt im Völkerrecht noch der Grundsatz der politischen Experimentierfreiheit. Zur Souveränität eines Staates gehörte auch, dass er zum Sozialismus übergehen konnte.*

PN: (Lacht) Das ist ganz sicher nicht mehr die Zielsetzung einer Organisation wie der WTO.

Löwenanteil für die Multis beim öffentlichen Beschaffungswesen

NW: *Das war sie nie, aber wenigstens verhielt sich das Völkerrecht bis zum WTO-Abkommen etwas flexibler.*

Und wie steht es um das öffentliche Beschaffungswesen?

PN: In allen Ländern ist das *öffentliche*

Beschaffungswesen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Milliarden eines Staatsbudgets fliessen in Investitionen für die Infrastruktur. Davon profitieren in der Regel private Firmen. Das vorgesehene Abkommen würde die Märkte des öffentlichen Beschaffungswesens, die heute noch geschützt sind, für den weltweiten Wettbewerb öffnen, und das heisst: den Multinationalen Konzernen den Zutritt ermöglichen.

NW: *Und die Multis sässen dann am längeren Hebelarm?*
PN: Wenn es wirklichen Wettbewerb gäbe, dann könnten sie bei solchen Aufträgen den Löwenanteil einstreichen. Für *Entwicklungsländer* wäre das ein Unsinn. Es würde ihnen die Entwicklung einer eigenen Industrialisierung verunmöglichen oder erschweren. Aber das ist natürlich die hauptsächliche Stossrichtung des WTO-Abkommens, bisher mehr oder weniger verschlossene Märkte den westlichen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen zu öffnen. Gleichzeitig werden starke Schutzmassnahmen für «uns», d.h. für die westlichen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, vor einer allfälligen Konkurrenz aus dem Süden aufrechterhalten oder neu eingeführt.

NW: *Hinzu kommt noch das Wettbewerbsabkommen.*
PN: Auch hier geht es nicht darum, dass der Wettbewerb weltweit garantiert ist, dass Oligopole aufgebrochen werden und Konzerne nicht mehr ihre Steuern dorthin verschieben können, wo sie gegen Null tendieren. Es ist ein reines *Marktzutrittsabkommen,* damit die Multis gegenüber einheimischen Firmen nicht mehr «benachteiligt» sind.

Lässt sich das Steuer noch herumreissen?

NW: *Wie beurteilst Du die Chancen für diese drei Abkommen?*
PN: Diese drei Abkommen werden von den Industrieländern seit der 1. Ministerkonferenz der WTO in Singapur 1996 verlangt. Sie scheiterten damals am starken Widerstand der Entwicklungsländer. Dann kam 1997/98 der Umweg über die OECD mit dem MAI. An der 4. Ministerkonferenz im vergangenen November in Katar wurde beschlossen, diese drei Themen in Arbeitsgruppen zu behandeln. Die in Mexiko stattfindende 5. Ministerkonferenz im nächsten Jahr soll dann über die *Aufnahme von Verhandlungen* entscheiden.

Die EU, die diese drei Abkommen am meisten puscht – mehr als die USA, die solche Freiheiten allein und bilateral durchzusetzen pflegen –, interpretiert «Katar» so, dass die Verhandlungen in Mexiko unmittelbar beginnen, während die Entwicklungsländer meinen, der Entscheid für die Aufnahme von Verhandlungen sei noch offen. Einige wollen, zumindest noch heute, dagegen stimmen und damit die Sache blockieren.

NW: *Das Verhalten der EU-Staaten, der sozialdemokratisch regierten zumal, erstaunt doch einigermassen. Gegenüber dem MAI hat sich wenigstens noch die sozialistische Regierung Jospin quer gelegt.*
PN: Ein Veto gegen das *Verhandlungsmandat der EU* gab es diesmal von keiner Seite.

NW: *Auch die deutsche Entwicklungsministerin Heidi Wiezcorek-Zeul spricht öffentlich ganz anders.*
PN: Sie hat eben zum hohen Handelsmandat nichts zu sagen. Generell herrscht in der EU der Irrtum vor, an ihrem *Modell des Binnenmarktes* könne die übrige Welt genesen. Auch die europäische Sozialdemokratie ist von dieser Idee ziemlich überzeugt. Die SP-Fraktion im Europäischen Parlament garnierte ihre WTO-Resolution einfach noch mit sozialen und ökologischen Leitplanken –, der Kern der Idee, die Homogenität des Weltmarktes ohne Sonderbe-

handlung der Dritten Welt, wird jedoch widerspruchslos akzeptiert.

NW: *Wenn sich diese Worst-case-Globalisierung durchsetzen würde, wäre die «andere Globalisierung» gescheitert. Trotzdem heisst es hoffnungsfroh, es sei am Weltsozialforum eine Gegenmacht entstanden. Der Tages-Anzeiger (9.2.02) zitiert Dich mit dem Wort, dass die Kritik an der «internationalen Kabinettspolitik» gewachsen sei. Was stimmt die Heimkehrenden von Porto Alegre so zuversichtlich?*

PN: Wer schlussendlich gewinnt, ist natürlich offen. Aber gerade das Tauziehen um diese drei Verhandlungsgegenstände dauert schon derart lange und der *Widerstand der Entwicklungsländer* ist so gross, dass durchaus Grund zur Hoffnung besteht, dass man das Steuer noch herumreissen kann.

Der Druck auf die Entwicklungsländer

NW: *Nur werden die Entwicklungsländer einem massiven Druck ausgesetzt, der es ihnen zunehmend schwieriger macht, ihren Widerstand durchzuhalten.*

PN: Ja, das werden sie. In Katar, nur zwei Monate nach dem Terroranschlag in New York, wurden alle Mittel eingesetzt, um die Entwicklungsländer auf die *Schlussresolution* zu verpflichten. *Pakistan,* das vorher ein hartnäckiger Gegner solcher Vereinbarungen in der WTO war, wurde im Gefolge der «Allianz gegen den Terror» förmlich ausgekauft. Es erhielt Sonderrechte auf dem amerikanischen Markt. Die US-Regierung hat die Quoten für Textilimporte aus Pakistan erhöht. Das Land erhielt sodann das Angebot einer Entschuldungsaktion nach dem Vorbild der ärmsten verschuldeten Länder. Pakistan blieb daher stumm.

Die *afrikanischen Länder,* die bis zum Schluss Widerstand leisteten, mussten einen kombinierten Erpressungsangriff der Entwicklungshilfeminister über sich ergehen lassen. Dieser bestand aus der üblichen Mischung zwischen dem Angebot von mehr Geld und der Drohung, dass sonst das Geld ganz ausbleiben könnte. Ferner haben die EU-Staaten sich dafür geschlagen, dass die WTO das Sonderabkommen COTONU, das den ehemals europäischen Kolonien einen präferentiellen Marktzugang für bestimmte Produkte nach Europa bietet, weiterhin geduldet wird, um im Gegenzug die Unterschrift dieser Länder zu bekommen. Im konträren Fall, so die implizite Drohung, hätte sich die EU nicht für eine weitere Duldung eingesetzt.

NW: *Wird dieses Verhalten der reichen Länder, das einer Nötigung gleichkommt, auch öffentlich?*

PN: Es ist an sich schon bekannt, aber kaum ein Medienthema.

NW: *Damit muss ich die Frage wiederholen, was die Heimkehrenden von Porto Alegre so zuversichtlich stimmt.*

PN: Zum Beispiel dieses Porto Alegre selbst und die Masse von Leuten, die jedes Jahr zu *Demonstrationen* zusammenkommen. Das hat es vor drei, vier Jahren noch nicht gegeben. Hier ist etwas *Neues am Entstehen.* Solche Bewegungen können auch wieder kaputt gehen oder kaputt gemacht werden. Aber im Moment überwiegt die Dynamik.

Meine Zuversicht beruht auch auf den verschiedensten *Meinungsumfragen,* denen zufolge die Mehrheit selbst in den USA gegenüber der Globalisierung und dem Gebaren der Multinationalen Konzerne äusserst misstrauisch ist und sich dahingehend äussert, dass diese Entwicklung nur den Reichen nützt und allen anderen schadet. Den Industriestaaten ist denn auch bewusst, dass sie das Meinungsklima nicht auf ihrer Seite haben.

NW: *Nur spielt das bei Wahlen noch keine Rolle.*

PN: Ja, und gerade in den USA stehen nach dem 11. September ganz andere Sorgen im Vordergrund, die eine grosse

Zustimmung zu diesem Präsidenten hervorgebracht haben.

Kein globaler Gegenentwurf

NW: *Der Gegengipfel von Porto Alegre stand unter dem Motto «Eine andere Welt ist möglich». Wer sich die Erklärungen der verschiedenen Gegengipfel und der sie tragenden Organisationen ansieht, hat oft den Eindruck, die Stärke dieser global sich formierenden Gegenbewegung liege in der Kritik an der neoliberalen Ideologie, vorab den asozialen und umweltfeindlichen Regelwerken von WTO, IWF und Weltbank. Schwächer entwickelt seien dagegen die Alternativen. Wie stellt sich das Weltsozialforum die «andere Welt» vor?*

PN: Es gibt gewiss nicht den globalen Gegenentwurf. Das Weltsozialforum hütet sich zum Beispiel, das Ziel als «Sozialismus» oder sonst einen Ismus zu definieren. Zuhauf vorhanden sind dagegen *konkrete politische Reformvorschläge.* Sie würden das System zwar ziemlich ändern, münden zusammengenommen aber nicht in eine «Utopie». Bekämpft wird die vorherrschende Idee, dass allen Ländern mit einem einzigen wirtschaftspolitischen Dogma gedient ist.

NW: *Die berüchtigte pensée unique.*

PN: Ja, und dass es keine WTO braucht, die allen Ländern dieselben Vorschriften macht. Das wäre eine *Reduktion des Kompetenzbereichs der WTO* und würde die Abschaffung oder komplette Veränderung vieler innerhalb der WTO abgeschlossenen Abkommen bedeuten. Es hat niemand etwas gegen Aussenhandel an sich und den Abbau von Zollschranken in Industriegütern. Abgeschafft gehörte dagegen das protektionistische Abkommen über geistiges Eigentum, das nur dem Schutz der Innovationen nördlicher Industrien dient. Die *Frage der Patentierungen* sollte man ohnehin der Internationalen Patentorganisation überlassen, die viel stärker auf nationale Besonderheiten Rücksicht nehmen muss und daher nicht einen globalen Patentschutz härtester Art für Multinationale Konzerne durchsetzen könnte.

Eine weitere Stossrichtung will die *Landwirtschaft* wieder aus dem Rahmen der WTO herausnehmen und vom ständigen Liberalisierungszwang befreien. Dabei gibt es allerdings auch innerhalb der Entwicklungsländer unterschiedliche Interessen. In asiatischen Ländern wie Thailand oder den Philippinen gibt es eine starke Opposition der Kleinbauern gegen die WTO, während das Agrobusiness an der Öffnung der Märkte interessiert ist. Eine nochmals andere Stossrichtung richtet sich auf die Reregulierung der *internationalen Finanzmärkte.* Die Entwicklungsländer sollen wieder Kapitalverkehrskontrollen einführen können.

NW: *Um Spekulanten abzuschrecken, verlangt z.B. Chile von Investoren, dass sie einen Prozentsatz ihres Kapitals bei der Zentralbank stillegen. Bleibt das Geld länger als ein Jahr im Land, so wird die Einlage zurückerstattet.*

PN: Die Regelung wendet sich gegen den Zufluss von *kurzfristigem Spekulationskapital.* Seit der Asienkrise, die ja durch derartiges Spekulationskapital hervorgerufen wurde, werden solche Massnahmen vom Internationalen Währungsfonds stillschweigend geduldet, aber natürlich nicht gefördert. Auch Indien hat seinen Kapitalmarkt nicht vollständig geöffnet. Wenn daher ein US-Präsident nach Indien reist, dann gibt ihm die Bankenlobby mit auf den Weg, dass es die Hauptaufgabe der amerikanischen Delegation sei, sich für die vollständige Öffnung des indischen Finanzmarktes einzusetzen.

NW: *Warum übernehmen nicht auch andere Länder die chilenische Massnahme gegen das spekulative Kapital?*

PN: Länder, die von IWF und Weltbank

abhängig sind, können solche Dinge gar nicht selber entscheiden. Ein grosser Teil der Entwicklungsländer, insbesondere in Lateinamerika und Afrika, ist wirtschaftspolitisch nicht mehr souverän. Ihre Wirtschaftspolitik wird in Washington gemacht.

NW: *Das wäre auch eine «List der Vernunft», dass die neoliberalen Sanierungsrezepte von Milton Friedmans Chicago Boys der chilenischen Wirtschaft zu einer gewissen Unabhängigkeit nach aussen verholfen hätten.*
PN: Ja, Chile hat heute eine etwas bessere Schuldenposition und ist – vorderhand – nicht abhängig von grossen «Injektionen».

Für eine internationale Steuergerechtigkeit

NW: *Was Porto Alegre zur Entschuldung der Drittweltländer und zur Tobin-Steuer auf Devisengeschäfte sagte, ist nicht neu. Ich nehme an, dass hierüber ein grosser Konsens besteht.*
PN: Als Konsens schälte sich heraus, dass es Bemühungen um mehr internationale Steuergerechtigkeit braucht. Es braucht auch eine internationale «tax authority» – ein Vorschlag, der in den 90er Jahren von einem IWF-Mitarbeiter, Vito Tanzi, gemacht wurde. Am weitesten fortgeschritten sind Diskussionen über *weltweite Standards der Besteuerung.* Selbst die OECD hat solche Standards für ihre Mitgliedstaaten erlassen. Die Industriestaaten wehren sich aber mit Händen und Füssen dagegen, diese Standards auf die ganze Welt auszudehnen.

Hinzu kommt die Forderung nach Massnahmen gegen *Offshore-Zentren,* die eine aktive Beihilfe zur Steuerflucht leisten. Fast alle Auslandinvestitionen in der Dritten Welt nehmen heute den Weg über Offshore-Zentren, wodurch sich die Steuern minimieren lassen. Die Investoren versuchen sogar noch zusätzliche *Steuergeschenke* zu erhalten. Wenn sich eine Firma in Brasilien neu ansiedeln möchte, dann verhandelt sie mit der Regierung über die – selbstverständlich gewordene – Steuerbefreiung hinaus über Subventionen. Dabei fällt der Hauptgewinn der betreffenden Firma nicht etwa in Brasilien an, sondern auf irgendeiner karibischen Insel.

NW: *Was man noch viel zu wenig weiss.*
PN: Dagegen wird sich eine *Kampagne* entwickeln. Sie wird sich gegen die Offshore-Zentren richten, die ja vom Wohlwollen der Industrieländer bzw. ihrer ökonomischen Eliten abhängen, die sich ungestraft dem Fiskus entziehen wollen.

NW: *Die Steuern werden damit auch dem Fiskus der Industrieländer entzogen, die dann Sparübungen bis zum «geht nicht mehr» veranstalten müssen.*
PN: Darum gibt es innerhalb der OECD widersprüchliche Bestrebungen, einerseits sollen *Massnahmen gegen «harmful tax practices»,* also schädliche Steuerpraktiken, ergriffen werden. Ursprünglich stand auch die US-Regierung dahinter, die ziemlich hartnäckig versucht, ihre Steuersünder einzusammeln. Ein Teil von ihnen wohnt bekanntlich in der *Schweiz.* Aber diese Bemühungen werden anderseits durchkreuzt von Sondergesetzgebungen, in den USA z.B. durch ein Gesetz, dass alle Exporte von einer Offshore-Basis aus getätigt werden dürfen. Die WTO hat die USA jedoch gezwungen, diese indirekte Subvention wieder aufzuheben. Sie werden sich aber gewiss andere Subventionsmöglichkeiten einfallen lassen.

Insgesamt gehen jedoch die «schädlichen Steuerpraktiken» nun auch den westlichen Ländern zu weit, vor allem, wenn sich finanzstarke Unternehmen wie *Mercedes* brüsten, in Deutschland keine Steuern mehr zu bezahlen. Gleichzeitig versucht jedes Land, wenigstens noch sein eigenes Offshore-Zentrum zu schützen und erst einmal gegen andere loszugehen. Die Schweiz gerät dabei in die unbequeme Lage, dass sie keinen

grossen Protektor hat. Die Diskussion steht, kurz gesagt, noch am Anfang. Aber sie läuft in Richtung *Steuerkonvention,* die internationale Standards setzt, möglicherweise mit einer internationalen Behörde, welche die Einhaltung dieser Standards überwacht.

NW: *Macht sich das Weltsozialforum auch Gedanken über eine Weltsteuer zur Bekämpfung von Armut und Hunger in der Welt? Die Tobin-Tax z.B. würde bei einem Satz von nur 0,1 Prozent etwa 100 Milliarden Dollar einbringen.*
PN: Eine *Tobin-Tax* könnte international vereinbart, aber national erhoben werden, allenfalls mit einer Zweckbindung versehen. Dann würde das Geld den einzelnen Ländern direkt zufliessen. Allerdings diskutieren die Regierungen die Frage, wie man «global public goods» finanzieren soll. Die Erträge aus einer Tobin-Steuer könnten also auch international eingesammelt und für «global public goods» verwendet werden.

Neuer Schulterschluss mit Gewerkschaften, Bauern- und Umweltorganisationen

NW: *Solche Ziele brauchen immer auch Strategien, um verwirklicht zu werden. Wie kommen wir zur Gegenmacht, die dafür nötig wäre? Es ist den internationalen Organisationen ja nicht einmal möglich, die selbstgesetzten Ziele zu verwirklichen, ich erinnere an die OECD, die bis 2015 die Armut in der Welt halbieren will.*
PN: Wir beobachten in allen Ländern und international eine sehr deutliche *Gegenbewegung,* die ein attraktives *Medienereignis* ist und sich auf bestimmte Meinungsströmungen stützen kann, also alles andere als marginal ist. Aber noch schlägt sich diese Gegenbewegung kaum nieder in nationalen politischen Prozessen. Die ganze *Parteienlandschaft* agiert noch nicht damit und tendiert statt dessen zur berühmten Mitte. Diese meint nichts anderes als die Fortsetzung der Wirtschaftspolitik der letzten 20 Jahre: mehr Markt, weniger Staat.

Immerhin hat sich die *Rhetorik* der internationalen Organisationen in den letzten drei Jahren geändert. Jetzt bekämpfen alle die Armut. Vor vier Jahren haben sie nur davon gesprochen, wie man die Investitionen fördern und die Profite steigern könnte.

NW: *Sie sind demnach in die ideologische Defensive geraten?*
PN: Rhetorisch richten sie sich nach der *Opposition* aus und sagen: Wir machen das besser als ihr, die ihr unrealistisch seid und nicht versteht, wie die Wirtschaft läuft. Hinzu kommt, dass die Regierungen auch ein wenig erschüttert sind über Dinge, die sie nicht vorausgesehen haben. Die *Asienkrise* war ein für viele unbegreiflicher Schock. Seither wird in IWF und Weltbank wieder über eine neue globale Finanzarchitektur diskutiert, wenn auch noch ohne Resultate.

Wenn sich allerdings nur die Rhetorik ändert und nicht auch die Politik, dann ist die Gegenbewegung gescheitert.

NW: *Dann dürfte sich so etwas wie die globale Wut Gehör verschaffen.*
PN: Das ist anzunehmen. Aber Du fragst nach Strategien. Das Weltsozialforum möchte verschiedene Sektoren der Gesellschaft für unsere Anliegen interessieren. In den *USA* ist die Gegenbewegung sehr stolz darauf, dass es in Seattle gelungen ist, eine grosse Koalition von Gewerkschaften, Umweltschützern, ethnischen Minderheiten und jungen Leuten zustande zu bringen. Damit wurde auch die Spaltung zwischen «organized labour» und neuen sozialen Bewegungen überwunden, die seit dem Vietnamkrieg die amerikanische Landschaft geprägt hat. Das hat *Al Gore* veranlasst, in seinem Wahlkampf wenigstens noch eine linkspopulistische Volte zu drehen.

In der *Schweiz* sucht unsere Arbeitsgemeinschaft, die Lösung der internationalen Handelsprobleme zusammen mit

Bauernorganisationen, Gewerkschaften und Umweltorganisationen voranzubringen, diese Probleme überhaupt zu einem innenpolitischen Traktandum zu machen und Milieus zu sensibilisieren, die sich bis anhin wenig um solche Fragen gekümmert haben. Dabei kommt uns eine positive Grundstimmung entgegen, die zeigt, dass etwas in Bewegung geraten ist.

Ein Investitionsabkommen der Gegenseite?

NW: *Auch NGOs sind nicht machtlos, wie der Rückzug des Wäscheherstellers Triumph aus Burma zeigt. Die Multis haben bald einmal Imageprobleme, wenn ruchbar wird, dass sie von Zwangsarbeit profitieren.*

PN: Das ist die Stärke der NGOs, aber auch ihre Schwäche, denn es gibt Zehntausende von Multis, die lange nicht alle von den NGOs beobachtet werden können. Angesichts der Kritik, die in den letzten Jahren wieder stärker geworden ist, versuchen die Multis, sich selbst zu regulieren, sich «codes of conduct» aufzuerlegen, Öko-Erklärungen zu unterschreiben, einen sozialen Umgang mit den Mitarbeitenden zu versprechen. Diese Bemühungen gipfelten im «Global Compact» der UNO, einer Art freiwilligem *Verpflichtungsabkommen von Multinationalen Konzernen,* das bei der UNO deponiert ist. Damit sollen gesetzliche Regulierungen mit entsprechenden Sanktionen vermieden werden.

NW: *Diesen Aus- oder Fluchtweg kennen wir ja bestens aus der schweizerischen Politik.*

PN: Ja, in der Schweiz war die Wirtschaft oft in der Lage, gesetzliche Regelungen durch »Selbstregulierung» zu verhindern.

Der Streit ist aber noch nicht ausgestanden. Im Hinblick auf den *«Rio plus 10–Gipfel»* in Johannesburg von diesem Herbst wird ein neuer Versuch einer Konvention für Multinationale Unternehmungen unternommen. Es ginge um ein völkerrechtliches Abkommen mit verbindlichen Regelungen über soziale, ökologische und Steuerfragen mit Monitoring-Mechanismen.

NW: *Das wäre völlig gegenläufig zu dem, was in der WTO passiert.*

PN: Das wäre das Investitionsabkommen der Gegenseite. Die USA werden ein solches Abkommen aus vollen Rohren torpedieren und nicht einmal zulassen, dass man überhaupt darüber spricht. Aber es wird in den nächsten Jahren ein *Kampagnen-Thema* werden. Es wird in verschleierter Form in UNO-Resolutionen Aufnahme finden. Die eine oder andere Regierung wird mitmachen. Viel wird von den Entwicklungen in den USA abhängen, etwa von der Frage, welche Konsequenzen der Business-Regulierung aus dem *Enron-Skandal* gezogen werden.

«Gerechter Welthandel» in der Schweiz

NW: *Die Teilnehmenden am Forum haben sich verpflichtet, auch auf nationaler Ebene tätig zu werden. Was bedeutet das für die Hilfswerke in der Schweiz?*

PN: Aus Porto Alegre bin ich mit der Überzeugung zurückgekehrt, dass die *Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke* mit ihrem Programm ziemlich à jour ist. Einer unserer Programmschwerpunkte neben Abstimmungen wie UNO, Solidaritätsstiftung und eine kommunale SVP-Initiative zur Abschaffung der Entwicklungszusammenarbeit in der Stadt Zürich ist, die *Allianz mit Bauernorganisationen, Gewerkschaften und Umweltorganisationen* zu vertiefen. Die Allianz nennt sich Schweizer Koordination «Gerechter Welthandel». Sie diskutiert mit dem Wirtschaftsministerium die WTO-Fragen und versucht so, ein *Gegengewicht zur «Economiesuisse»* zu bilden. Es gilt insbesondere, die WTO-Abkommen über Wettbewerb, Investitionen und Beschaffungswesen zu verhindern.

NW: *Fühlt Ihr Euch von Herrn Couchepin, dem Schweizer Wirtschaftsminister, ernst genommen?*
PN: Wir werden insofern ernst genommen, als Herr Couchepin erbost ist, dass die *Bauern* mitmachen. Der Bauernverband ist politisch im *bürgerlichen Lager* verankert. Alle zusammen sind wir eine potentiell referendumsfähige Kraft, was wiederum von Bedeutung ist, da auch neue WTO-Verträge dem fakultativen Referendum unterstehen. Geändert hat sich noch nicht die Praxis des Bundesrates, sehr wohl aber die Rhetorik und der Umgang mit den Kritikern und Kritikerinnen. Man möchte auch uns entgegenkommen, kann nur nicht so recht, wie es scheint.

NW: *Was gehört sonst noch zu Eurem Programm?*
PN: Wichtig wäre der Beitrag der Schweiz für eine *internationale Wasserkonvention.* Diese würde vor allem die Privatisierung der Wasserversorgung erschweren, wie sie auf dem Programm von IWF und Weltbank steht. Die Konvention würde aber auch ökologische Fragen regeln, die ungleiche Verteilung der Wasserressourcen angehen und die Versorgung aller Menschen mit sauberem Trinkwasser gewährleisten.

Ein weiterer Programmpunkt von uns ist der Kampf gegen *Steuerhinterziehung und Steuerflucht.* Die Schweiz ist gewiss nicht das einzige Land, das aktive Beihilfe zur Steuerhinterziehung leistet. Die Weltbank hat vielen kleinen Inselstaaten sogar geraten, sie sollten sich auf den Weg des spezialisierten «financing» begeben, d.h. Offshore-Plätze aufbauen. Es wird denn auch eine internationale Steueroasenkampagne beginnen.

Bundesräte oder Kurdirektoren?

NW: *Was hältst Du davon, dass nächstes Jahr wieder eine WEF-Veranstaltung in Davos stattfinden soll?*
PN: Ich bin nicht begeistert. Von mir aus hätte das WEF in den USA bleiben können. Als neuer Ort ist auch *St. Petersburg* im Gespräch. Für Lenin sicher eine peinliche Angelegenheit.

NW: *Es heisst darum auch nicht mehr Leningrad.*
PN: Heim zum Zaren ist vielleicht der richtige Ort. Aber das ist im Grunde egal. Mit Erstaunen habe ich jedoch wahrgenommen, wie sich drei Bundesräte nach New York bemühen und wie Kurdirektoren darum buhlen, dass eine *private Veranstaltung* wieder in der Schweiz stattfinde, darin sogar eine *Hauptpriorität* des Jahres 2002 sehen wollen. Wenn unser Land keine anderen Sorgen hat, dann stimmt etwas nicht.

NW: *Es gibt in der Zwischenzeit das Oltener Bündnis, das die Auflösung des WEF zur politischen Forderung erhebt. Was hältst Du davon?*
PN: Das WEF ist eine private Vereinigung wie wir. Die Auflösung zu verlangen, stünde im Widerspruch zu den demokratischen Rechten, auf die auch wir uns stützen. Noch vor dem WEF würden wir oder das Oltener Bündnis aufgelöst. Von daher ist die Forderung unüberlegt und falsch. Im übrigen ist das WEF eine Art *höherer Rotary-Club* ohne Entscheidungsgewalt.

NW: *Abmachungen gibt es durchaus, sie finden jedoch hinter den Kulissen statt.*
PN: Ja, aber Big Business lobbyiert vor allem dort, wo die wirklichen Entscheidungen getroffen werden. Rund um die WTO oder IWF/Weltbank kreisen täglich unzählige Lobbyisten. Die brauchen Davos nicht. Es ist aber richtig, sich mit dem WEF kritisch auseinanderzusetzen und Vorschläge für eine andere Globalisierung zu verbreiten. Das wird durch das *Weltsozialforum,* aber auch die Gegenveranstaltung *Public Eye* wunderbar wahrgenommen. •